

### **Und täglich grüßt die Ukraine**

Angesichts der roten Gefahr, die imperial hinter den Panzerschwadronen lauert, die derzeit den Osten der Ukraine kriegsverbrecherisch einkesseln, muss auch die Wissenschaft Farbe bekennen. Allen voran das Flaggschiff internationaler Kernforschung, das CERN. Das renommierte Forschungszentrum mit Sitz in Genf hat, wohlweislich unter dem enormen Druck der Öffentlichkeit, nun endlich angekündigt, dass es die vertragliche Zusammenarbeit mit Russland und Weißrussland nicht erneuern wird. (Deren Beobachterstatus ruht bereits seit März.) Der Generaldirektorin des CERN, Fabiola Gianotti, wurde das Deckmäntelchen wissenschaftlicher Unabhängigkeit und Neutralität, an die bis heute vermutlich sowieso nur noch ich geglaubt habe, endgültig zu eng. Zudem gilt gegenüber Russland, dass jeder, der es sanktionieren kann, es auch sanktionieren muss!

Bemerkenswert ist, dass Sanktionen nun auch in der Wissenschaft zusehends den Platz einnehmen, den früher einmal, zumindest der Form nach, Argumente für sich reklamieren konnten. Das Raisonement jedenfalls, Wissenschaftler:innen suchten die Wahrheit und nichts als die Wahrheit, für die sie nicht verantwortlich gemacht werden könnten, denn was aus wissenschaftlicher Erkenntnis gemacht werde, liege in der Verantwortung der Politik, ist zu historischem Staub zerfallen. Dadurch wird Wissenschaft verdächtig, bedarf demokratischer Kontrolle und erfordert folglich eine postmoderne Redefinition der Wissenschafts- und Forschungsfreiheit - von der freilich unklar bleibt, wer sie letztlich leisten soll, wo schon keiner will.

Zur Neudefinition hätte man selbstverständlich schon in den 50er-Jahren ansetzen können, nachdem mit einem Schlag (genauer: zwei Schlägen) selbst den bildungsfernsten Schichten unmissverständlich vor Augen geführt worden war, welches tödliche Zerstörungspotenzial in der Kernkraft steckt. Damals, als im Umfeld der UNESCO das CERN konzipiert wurde, getragen von der Einsicht, dass der atomare Geist nun einmal aus der Flasche ist und nolens volens als globales Vermächtnis betrachtet und gehandhabt werden muss, damit kein Ungleichgewicht nationaler Erkenntnisvorsprünge den angezählten Planeten völlig aus der Bahn wirft; ja, damals haben sich Kernphysiker:innen um József Rotblatt geschart, um auf den Pugwash-Konferenzen vor den Risiken der atomaren Forschung auf politischer Ebene zu warnen - unangesehen ihrer Nationalität. Damals noch hatte die Wissenschaft die Welt im Blick und agierte sie noch international.

Das hat sich geändert. Und ändert sich weiter. Verharmlosend könnte man sagen: Die Schlinge zieht sich zu. Erst mussten russische Wissenschaftler:innen sich öffentlich für ihr Vaterland oder wenigstens für dessen Präsidenten schämen, dann wurden ihnen nacheinander die Lebensadern in Form von Forschungsk Kooperationen durchtrennt - und jetzt glaubt man, selbst bei Themen, deren Beherrschung auch bei globaler Anstrengung alles andere als garantierte ist, auf die Forschungsbeiträge aus Russland verzichten zu können, so als könnten wir in einer Welt leben ohne den geographischen Zipfel von Moskau bis Wladiwostok. Was kommt als nächstes? Ist das noch zu steigern? Dass ein Weltfrieden nur international zu haben ist, scheint leider immer noch nicht Gemeingut; zuletzt in einem Staat, der hier nicht genannt werden will und aus transatlantischer Hörigkeit auch nicht genannt wird, in dem aber Sheriffs größeres Ansehen genießen als Kardinäle, und Revolver bezeichnenderweise Peacemaker heißen.

Mit einem politischen Anspruch der Wissenschaft kann ich leben. Schade fände ich nur, wenn die Wissenschaft ihre Rolle auf die des Scharfrichters verengte und ihr Handeln auf Sanktionen beschränkte. Von einer Organisation mit Beraterstatus bei den Vereinten Nationen erwarte ich aber auf jeden Fall mehr. Beim CERN scheint man die Unterschrift unter den Appell für Open Science am 27. Oktober 2020 gänzlich vergessen zu haben, in dem darum geworben wird, wissenschaftliche Erkenntnisse zu teilen und für ihre größtmögliche Verbreitung zu sorgen. Dieser Ansatz würde meines Erachtens die Chance auf Frieden, ganz im Sinne des Appells, eher erhöhen. Doch von dem ist selbst im Nachgang an das Friedensgutachten 2022 der deutschen Friedensforschungszentren weder viel zu lesen noch viel zu hören. Wie auch, wenn jeden Morgen die Schlagzeile lautet, dass der ukrainische Präsident mehr Waffen fordert und die öffentliche Diskussion sich allein darum dreht, wann endlich Deutschland welche Waffen in den Krieg gegen Russland liefern wird.

Viel wichtiger ist doch die Frage, wann und unter welchen Bedingungen Deutschland keine Waffen mehr liefern wird. Diesbezüglich könnte sich Fabiola Gianotti eine Scheibe abschneiden bei ihrem Kollegen Sergio Duarte. Der Präsident der Pugwash-Konferenz hat schon am 26. Februar acht Voraussetzungen für einen möglichen Friedensschluss angeführt: 1. Sofortiger Waffenstillstand; 2. Abzug aller ausländischen Militäreinheiten und -einrichtungen aus der Ukraine; 3. Anerkennung der Autonomie der Donbasz-Region bezüglich lokaler Selbstverwaltung und sprachlicher Identität; 4. Anerkennung

der Krim als Teil der Russischen Föderation; 5. Freizügigkeit durch die Grenzen der Ukraine und Russlands sowie anrainender Länder; 6. Aufhebung der Sanktionen gegen Russland nach Abzug der russischen Truppen; 7. Militärische Neutralität der Ukraine; und 8. Programm zum ökonomischen Wiederaufbau der Ukraine auf der Grundlage von Sicherheitsabkommen außerhalb der Nato. Damit, inklusive wer was warum blockiert, sollten sich nicht nur die totalen Grünen befassen, deren hauptsächliche Sorge noch immer die Kriegsmüdigkeit ihres Volkes ist.